

# Kurzbericht

---

Nr. IV/74

- 24. September 1954 -

Jg. 4

---

## Das Sozialprodukt des Saarlandes im Jahre 1951.

### Einführung

Das Statistische Amt veröffentlicht erstmalig die Ergebnisse einer Sozialproduktsberechnung, und zwar für das Jahr 1951. Die Berechnungen für das Jahr 1952 und 1953 werden in nächster Zeit ebenfalls fertig werden, so dass in Bälde mit ihrer Veröffentlichung zu rechnen ist. Später soll eine laufende Berichterstattung über die Entwicklung des Sozialprodukts erfolgen.

Bei der ersten Veröffentlichung von Zahlen über das Sozialprodukt des Saarlandes erscheint es zweckmässig, eine einführende Erläuterung über den Sinn und den Aussagewert der Sozialproduktsberechnungen voranzustellen. Dabei muss vorweg darauf hingewiesen werden, dass im Hinblick auf die Problematik einer einheitlichen wertmässigen Erfassung der komplizierten und vielseitigen Wirtschaftsvorgänge die Entwicklung exakter Berechnungsmethoden noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden kann, sondern dass die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung und die Erfahrungen aus der praktischen statistischen Arbeit noch zu manchen Verbesserungen der bisherigen methodischen Verfahren auf dem Gebiet der Sozialproduktsberechnung führen werden. Aus diesem Grunde können auch die vorliegenden Ergebnisse über das saarländische Sozialprodukt für das Jahr 1951 nicht als endgültige Ergebnisse angesehen werden, und das Statistische Amt des Saarlandes muss sich evtl. zahlenmässige Änderungen vorbehalten.

Das Ziel der Sozialproduktsberechnung ist es, das Gesamtergebnis der wirtschaftlichen Tätigkeit eines Landes in einem bestimmten Zeitabschnitt darzustellen. Als Sozialprodukt gelten dabei alle im Verlaufe dieser Periode produzierten Güter und Dienstleistungen, die als Endprodukt entweder konsumiert oder investiert werden. Die Sozialproduktsberechnung ist allerdings keine Sachrechnung sondern eine entsprechende wertmässige Darstellung, d.h. sie stellt das Ergebnis der volkswirtschaftlichen Tätigkeit in einem bestimmten Zeitabschnitt in Geldeinheiten dar. Eine solche Darstellung muss an den Ablauf der Wirtschaftsvorgänge, also daran anknüpfen, dass Güter erzeugt und abgesetzt, von der nächsten Produktionsstufe eingekauft, bezahlt, weiterverarbeitet,

transportiert und gehandelt werden, dass sie schliesslich endgültig in den Haushalten verbraucht oder aber investiert werden. Das Sozialprodukt ist, wenn man von den Beziehungen zum Ausland zunächst einmal absieht, die sogenannte Wertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche. Als Wertschöpfung gilt, was jeder Wirtschaftsbereich dem Wert der von ihm verarbeiteten oder gehandelten Materialien und Güter hinzufügt oder, genauer, der Teil des Wertes seiner Produkte, der nach Abzug der Vorleistungen anderer Wirtschaftsbereiche und nach Abzug der für die Erhaltung der wirtschaftlichen Anlagen notwendigen Abschreibungen seiner Tätigkeit zu verdanken ist. Dienstleistungen und die Tätigkeit der öffentlichen Hand bewirken ebenfalls eine Wertschöpfung. Die gesamte Wertschöpfung einer Volkswirtschaft deckt sich mit der Summe der in den Wirtschaftsbereichen gezahlten Löhne und Gehälter, der Zinsen und der erzielten Gewinne, also mit der Summe aller Einkommen einerseits und mit dem Wert der für die Einkommensverwendung, d.h. für den Verbrauch und die Investition verfügbaren Güter und Dienstleistungen andererseits. Daher bieten sich für die Ermittlung des Sozialprodukts grundsätzlich drei verschiedene Wege an. Zunächst kann man die Entstehung des Sozialprodukts, also die Wertschöpfung als solche erfassen. Ausserdem kann man von der Summe der Einkommen oder, anders ausgedrückt, von der Verteilung des Sozialprodukts ausgehen und schliesslich kann man das Sozialprodukt anhand von Angaben über seine Verwendung, also anhand des Verbrauchs und der Investitionen ermitteln. Durch Beschreitung aller drei Wege zugleich erhält man Angaben über das Zustandekommen, über die Verteilung und über die Verwendung des Sozialprodukts, die bei entsprechender Detaillierung für die Beurteilung der Leistungsfähigkeit, der Struktur und der Gesundheit einer Volkswirtschaft viel mehr bedeuten als die für sich allein wenig aufschlussreiche Gesamtzahl über die Grösse des Sozialprodukts.

Die Erfassung der Wertschöpfung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen erfolgt anhand der Umsätze, von denen die Vorleistungen anderer Wirtschaftsbereiche die indirekten Steuern und die Abnutzung der Anlagen abgesetzt werden. Sie setzt voraus, dass die Kostenstruktur der Unternehmungen bekannt ist, da nur dann aus dem Absatz auf die Wertschöpfung geschlossen werden kann. Da über die Kostenstruktur der einzelnen Wirtschaftszweige im Saarland bis jetzt keine ausreichenden Unterlagen vorhanden sind, sondern erst durch eine Kostenstrukturserhebung beschafft werden müssen, kann dieser Weg zur Ermittlung des Sozialprodukts vorläufig noch nicht mit der Aussicht auf befriedigende Ergebnisse beschritten werden.

Dagegen ist eine Ermittlung des Sozialprodukts anhand der Angaben über dessen Verwendung möglich. Sie besteht in einer Zusammenstellung des Geldwertes der Güter und Dienste, die durch die privaten und öffentlichen Haushalte verbraucht, die investiert oder gegen ausländische Produkte oder Forderungen eingetauscht wurden. Über den Verbrauch der privaten Haushalte bietet die laufende Statistik über die Umsätze zuverlässige Unterlagen, der Verbrauch der öffentlichen Haushalte kann durch eine Analyse der Haushaltsrechnungen festgestellt werden, über die Investitionen liegen die Ergebnisse besonderer Erhebungen vor. Es gilt neben diesen Posten im Hinblick auf die internationale Verflechtung aller Volkswirtschaften allerdings noch den sogenannten Aussenbeitrag zu veranschlagen, d.h. der Saldo aus dem laufenden Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland, der das Sozialprodukt vergrössern oder verkleinern kann und im Saarland anhand verlässlicher Angaben geschätzt werden muss.

Ferner lässt sich für das Saarland die Verteilung des Sozialprodukts auf die Einkommen der Arbeitnehmer, der Pensionäre und Unterstützungsempfänger, der öffentlichen Hand sowie der Selbständigen und Unternehmen ermitteln, weil Angaben über alle Posten bis auf einen vorliegen und dieser als Differenz zwischen den bekannten Einkommen und dem über den Verbrauch ermittelten Gesamtbetrag des Sozialprodukts errechnet werden kann.

Die bei den notwendigen eingehenden Ermittlungen und bei der folgenden Darstellung der Hauptergebnisse verwandten Begriffsabgrenzungen entsprechen den von der OECE im "Standard-System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen" vorgeschlagenen.

Bei der Beurteilung der Ergebnisse für das Jahr 1951 ist zu beachten, dass dieser Zeitabschnitt infolge der damals rasch fortschreitenden Geldentwertung im Zeichen von Lohn- und Preisbewegungen stand. Die normale Struktur des Sozialprodukts wird man daher erst erkennen können, wenn auch die Ergebnisse für die beiden folgenden Jahre vorliegen. Auch für die Durchführung internationaler Vergleiche müssen weitere Ergebnisse abgewartet werden, zumal wegen der Verschiedenheit der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den einzelnen Ländern im Grunde nur die zeitliche Entwicklung des Sozialprodukts sinnvoll und mit einiger Verlässlichkeit international verglichen werden kann.

### I. - Das Sozialprodukt nach seiner Verwendung.

Im Jahre 1951 wurden von den privaten Haushalten insgesamt knapp 140 Mrd. Fr. für Konsumzwecke ausgegeben (einschl. der Ausgaben für Käufe im Ausland im Werte von rund 2 Mrd. Fr.). Ausserdem haben der Staat, die Gemeinden und die Sozialversicherung als Letztverbraucher 20 Mrd. Fr. aufgewandt. Ferner wurden 73 Mrd. Fr. investiert. Der Aussenbeitrag war insgesamt negativ, da der Passivsaldo der Dienstleistungsbilanz mit - 1,5 Mrd. Fr. grösser war als der Aktivsaldo der Warenbilanz von + 1,1 Mrd. Fr. Der Aussenbeitrag konnte aus dem Saldo der Warenbilanz und dem Saldo der Dienstleistungsbilanz allerdings nur näherungsweise ermittelt werden, weil diese Grössen selbst mangels entsprechender Unterlagen geschätzt werden mussten.

Die Summe aller Posten beträgt rund 233 Mrd. Fr. Sie wird als das Brutto-sozialprodukt zu Marktpreisen bezeichnet, weil sie dem Marktpreis aller in der Produktionsperiode erzeugten Güter und Dienste, die ihre letzte Verwendung im Verbrauch, in der Investition oder im Aussenbeitrag fanden, entspricht, und weil noch kein Abzug für die Ersatzinvestitionen erfolgte, die zum Ausgleich der Abnutzung der Produktionsanlagen notwendig sind. Setzt man den für Ersatzinvestitionen notwendigen Betrag, der den verbrauchsbedingten Abschreibungen entsprechend auf 20 Mrd. Fr. veranschlagt wurde, ab, so ergibt sich das Nettosozialprodukt zu Marktpreisen in Höhe von 213 Mrd. Fr.

Das Sozialprodukt des Saarlandes im Jahre 1951 in Mrd. Fr.  
(Verwendungsseite)

Verwendung des Sozialprodukts	in Mrd. Fr.
Verbrauch der Privaten Haushalte 1)	139,7
Verbrauch von Staatsleistungen (Staatsausgaben für Güter und Dienste)	20,5
Bruttoinvestitionen	73,4
Aussenbeitrag	- 0,4
Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen	233,2
./. Abschreibungen	20,0
Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	213,2
- Indirekte Steuern	35,9
+ Subventionen	2,2
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen)	179,5

1) einschl. der Käufe im Ausland (2,0 Mrd. Fr.)

Zur Ermittlung der Kosten, die bei der Wertschöpfung auf die Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital usw. entfielen, muss das Nettosozialprodukt zu Marktpreisen um die nicht von den eigentlichen Produktionsfaktoren beanspruchten Beträge, nämlich die indirekten Steuern vermindert werden. Abgezogen werden alle Kostensteuern, die vom Unternehmer als laufende Kosten im Wirtschaftsprozess betrachtet und bei Berechnung seines Gewinnes bzw. seines Einkommens abgesetzt werden, also z.B. die Produktions- bzw. Mehrwertsteuer, die Umsatzsteuer, die Zölle und Verbrauchssteuern, die Grundsteuer, die Gewerbesteuer usw. Andererseits müssen als Gegenposten die den Unternehmen gewährten Subventionen hinzugesetzt werden, zumal sie vielfach erst einen Gewinn ermöglichten oder eine durch staatliche Preisfestsetzung oder andere Umstände erzwungene Gewinn- bzw. Einkommenschmälerung ausglich. Bei dieser Rechnung ergibt sich im Falle des Saarlandes für 1951 ein Nettosozialprodukt zu Faktorkosten oder ein Volkseinkommen von knapp 180 Mrd. Fr. Dieses Volkseinkommen ist identisch mit der Summe aller im Laufe des Produktionsprozesses verdienten und vor Abzug der direkten Steuern, Sozialversicherungsbeiträge usw. berechneten Löhne, Gehälter, Zinsen und Gewinne. Zu den einzelnen Posten der vorstehenden Rechnung werden noch folgende Hinweise gegeben.

a) Der Private Verbrauch.

Die Methoden und die Ergebnisse der Ermittlungen des privaten Verbrauchs wurden im Kurzbericht IV/52 vom 17. Juli 1954 "Der private Verbrauch im Saarland in den Jahren 1951 bis 1953" ausführlich behandelt. Es werden deshalb hier nur einige Hauptergebnisse wiederholt.

Die Ausgaben der privaten Haushalte, oder kurz gesagt, der "Private Verbrauch" beanspruchte 60 vH des Bruttosozialprodukts. Die Aufgliederung der Ausgaben auf die einzelnen Verbrauchssektoren zeigt, dass etwa die Hälfte aller Aufwendungen durch die Haushalte für Käufe von Ernährungsgütern verwandt wurde, ein Fünftel für Bekleidung und sonstige persönliche Ausstattung und fast ein Zehntel für Hausgeräte und ähnliche Gebrauchsgüter.

Verbrauch der privaten Haushalte im Saarland im Jahre 1951  
in Mrd. Franken

Verbrauchssektor	in Mrd. Fr.
Ernährung	66,2
Bekleidung und sonstige persönliche Ausstattung	27,5
Wohnungsnutzung	7,1
Heizung und Beleuchtung	6,6
Gebrauchsgüter der Haushalte	12,8
Haushaltführung	2,6
Körper- und Gesundheitspflege	5,8
Verkehr	3,9
Bildung und Unterhaltung	3,7
Sonstige Verbrauchsgüter und Dienste	1,5
<b>Z u s a m m e n</b>	<b>137,7</b>
Käufe im Ausland	+ 2,0
<b>Insgesamt</b>	<b>139,7</b>

Das restliche Fünftel wurde für Wohnungsnutzung, Körper- und Gesundheitspflege, Verkehr, Bildung und Unterhaltung u.a.m. verausgabt. Die

Käufe im Ausland beliefen sich schätzungsweise auf etwa 2 Mrd.Fr. Eine Aufgliederung dieser Käufe auf die einzelnen Verbrauchsbereiche ist nicht möglich, doch handelt es sich im wesentlichen um Ausgaben für Reise und Erholung sowie um Käufe im Grenzland.

### b) der öffentliche Verbrauch.

Der öffentliche Verbrauch, allgemein als "Staatsverbrauch" bezeichnet, umfasst alle Ausgaben des Staates, der Gemeinden und/der Sozialversicherung für Güter und Dienste.

Die Verbrauchsausgaben des Staates und der Gemeinden wurden auf Grund einer eingehenden, nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten vorgenommenen Analyse der Haushaltsrechnungen ermittelt. Die Hauptergebnisse dieser Analyse und wichtige Gesichtspunkte für ihr Verständnis sind in einem Anhang zu diesem Bericht enthalten.

Die Ausgaben des Staates, der Gemeinden und der Sozialversicherung für Güter und Dienste beliefen sich 1951 auf etwas mehr als 20 Mrd.Fr. oder rund 9 vH des Bruttosozialprodukts.

Der öffentliche Verbrauch im Jahre 1951 in Mrd. Fr.  
(Staatsausgaben für Güter und Dienste)

Ausgaben für Güter und Dienste	Staat	Gemeinden	Sozial- versich.	Ins- gesamt
1. Persönliche Ausgaben einschl. Versorgungsaufwand	8,9	4,3	0,7 <sup>1)</sup>	13,9
2. Sächliche Ausgaben	2,8	2,4	0,2 <sup>1)</sup>	5,4
3. In Anwendung der franz.-saarl. Steuer-u. Haushaltsatzung geleistete Ausgaben 2)				
a) für Investitions- und Sachausgaben	0,3	-	-	0,3
b) Sonstige Mittel	1,0	-	-	1,0
4. Nutzung von Verwaltungsgebäuden	0,2	0,6	-	0,8
<b>Z u s a m m e n</b>	<b>13,2</b>	<b>7,3</b>	<b>0,9</b>	<b>21,4</b>
5. Abzüglich Verkäufe der öffentl. Hand an private Haushalte und Unternehmungen	.	.	.	0,9
<b>Z u s a m m e n</b>	<b>13,2</b>	<b>7,3</b>	<b>0,9</b>	<b>20,5</b>

- 1) Die Sachleistungen der Sozialversicherung sind beim privaten Verbrauch berücksichtigt. Sie wurden als Einkommensübertragungen an die privaten Haushaltungen betrachtet. Vergl. Tabelle S. 10
- 2) Hier sind nur die bisher effektiv beanspruchten Gelder ausgewiesen

Von den 20 Mrd.Fr. wurden allein rund 14 Mrd.Fr. für Löhne und Gehälter der Bediensteten ausgegeben. Etwa 5 Mrd.Fr. wurden für laufende Sachausgaben verwandt, wohl zu unterscheiden von den Ausgaben für Investitionen, die nicht beim öffentlichen Verbrauch sondern später unter den Bruttoinvestitionen erscheinen. Als laufende Ausgaben werden in Übereinstimmung mit den Richtlinien der OECE alle Aufwendungen für den Kauf von Gütern gerechnet, die keine längere Lebensdauer als ein Jahr haben. Ausserdem zählen zu diesem Posten alle Ausgaben für länger brauchbare Güter, die nicht aktiviert werden; Kosten für Instandhaltung und Reparaturen jedoch nur, wenn sie die Art und den Wert der Güter nicht wesentlich verändern und daher als

laufende Kosten anzusehen sind. Nach den Praktiken der Sozialproduktsrechnungen werden im Staatsverbrauch auch alle Abgaben an Frankreich, wie sie in den Haushaltssatzungen festgelegt sind, einbegriffen, gleich ob sie zu Investitions- oder Verbrauchszwecken erfolgen. Dabei wird nicht der veranschlagte, sondern der effektive, im Wirtschaftsjahr geleistete und abgerechnete Betrag gezählt. Dieser belief sich im Jahre 1951 auf rund 1,3 Mrd. Fr.

### c) Die Investitionen.

Zu den Bruttoinvestitionen zählen alle Käufe oder die Selbsterstellung neuer Anlagen, Maschinen, Gebäude usw. und die Vorratszunahme aller Art.

Die Ermittlung der Investitionen basiert für den Bergbau auf den von der Regie des Mines veröffentlichten Zahlen, bei der Industrie auf Erhebungen bei allen wichtigen Industriebetrieben, beim Verkehr auf der Analyse der Rechnungsführung der öffentlichen Verkehrsbetriebe, beim Wohnungsbau auf den vorhandenen Unterlagen über die Wohnungsbaufinanzierung und bei der öffentlichen Hand auf der bereits erwähnten und im Anhang mit ihren Hauptergebnissen beigefügten volkswirtschaftlichen Analyse der Haushaltsrechnung des Staates und der Gemeinden. Damit sind 60,4 Mrd.Fr. von den insgesamt 73,4 Mrd.Fr. zuverlässig ermittelt, der Rest, also die Investitionen in Handel und Handwerk sowie in der Landwirtschaft, ist an Hand verschiedener Anhaltspunkte geschätzt.

Im Jahre 1951 hatten die Bruttoinvestitionen einen Gesamtwert von mehr als 73 Mrd.Fr. Sie machten demnach gut 31 vH des Bruttosozialproduktes aus. Dass das Saarland eine so hohe Quote erreichte, war nur teilweise durch seine Struktur als Industriegebiet bedingt. Das zeigt ihre Zusammensetzung. Ausserdem veranlasste im Jahre 1951 die Währungsentwertung zu erhöhten Investitionen, weil nur eine schnelle Anlage des Geldes in Sachwerten vor Kapitalverlusten bewahrte und die steigenden Preise hohe Gewinne erwarten liessen.

Bruttoinvestitionen im Jahre 1951  
in Mrd.Fr.

Industriegruppe	Grundstücke und Bauten	Investitionsgüter	Vorräte	Insgesamt
Bergbau	0,9	5,7	1,5	8,1
Industrie	3,3	11,8	10,0	25,1
Handwerk	0,4	1,3	0,3	2,0
Handel	1,0	1,0	8,0	10,0
Verkehr	2,4	1,0	-	3,4
Land-u.Forstwirtschaft	0,2	0,5	0,3	1,0
Wohnungsbau(Privat)	13,2	-	-	13,2
Öffentliche Hand	9,1	1,5 <sup>1)</sup>	-	10,6
darunter:				
Strassenbau und				
Wasserbaumaassnahmen	2,0			
<b>Z u s a m m e n</b>	<b>30,5</b>	<b>22,8</b>	<b>20,1</b>	<b>73,4</b>

1) Darin sind alle einmaligen Anschaffungen von grösseren Anlagegütern enthalten.

Abgesehen davon, dass bloss Ersatzinvestitionen lediglich der Erhaltung des Produktionsapparates dienen, sind Investitionen im Wohnungsbau allenfalls mittelbar produktionswirksam und auch die Vorratsvermehrung ist anders zu bewerten als die Anlageinvestitionen, insbesondere soweit sie

über das produktionswirtschaftlich notwendige Mass hinausgehen. Die Summe der in Grundstücken und Bauten investierten Mittel, die vor allem dem öffentlichen und privaten Wiederaufbau dienten, machte mit 30,4 Mrd.Fr. fast 40 vH der Gesamtinvestitionen aus. Davon beanspruchte der private Wohnungsbau allein etwa 13 Mrd.Fr. oder fast ein Fünftel aller Investitionen und die Bauten der öffentlichen Hand und der Verkehrsunternehmen nochmals fast den gleichen Betrag. Die Vorratzszunahme um rund 20 Mrd.Fr. erscheint ebenfalls sehr hoch und dürfte übrigens zu einem Drittel eine preisbedingte nominelle Werterhöhung darstellen, zumal sich die Angaben über die Lagerzunahme auf den wertmässigen Vergleich der Lagerbestände am Anfang und am Ende des Jahres gründen. Die Aufwendungen für Investitionsgüter, also die der Produktionswirtschaft unmittelbar zu gute kommenden Investitionen beliefen sich auf 23 Mrd.Fr. und machten nur knapp ein Drittel des gesamten Investitionsaufwandes und knapp ein Zehntel des Bruttosozialprodukts aus.

Die Verteilung der Investitionen auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche zeigt, dass allein 8 Mrd.Fr. auf den Bergbau entfielen. Die Industrie wies einen Gesamtbetrag von 25 Mrd.Fr. für Investitionen aus. Sieht man von den Vorratsinvestitionen ab, so betrugen die von der Industrie für Grundstücks-, Gebäude- und Anlageinvestitionen aufgewandten Mittel annähernd 15 Mrd.Fr. Das Handwerk investierte annähernd 2 Mrd.Fr., den grössten Teil davon in Produktionsmitteln. Der Handel hat von seinen Investitionen in Höhe von etwa 10 Mrd.Fr. entsprechend seiner wirtschaftlichen Funktion als Verteiler vier Fünftel für seine Läger aufgewandt. Obgleich in dem Wert der Lagerzunahme eine beachtliche nominelle Werterhöhung durch Preissteigerungen enthalten ist, ergab sich auch eine mengenmässige Vergrösserung der Vorräte. Die Vorräte können wieder auf den normalen Stand gebracht werden, teilweise wurden sie wegen der steigenden Preise allerdings auch über das betriebsbedingte Mass hinaus vergrössert.

Die öffentlichen Investitionen und die Investitionen im Verkehrswesen waren vor allem Bauinvestitionen und dienten vornehmlich dem Wiederaufbau. Der grösste Teil der Verkehrsinvestitionen mit 1,8 Mrd.Fr. entfiel auf die Eisenbahnen.

Die Investitionen des Staates, der Gemeinden und der Sozialversicherung beliefen sich auf 14 vH der gesamten Investitionen. Der Staat, der für 4 Mrd.Fr. Eigeninvestitionen durchführte, verwandte davon über die Hälfte für Grundstücke und Gebäude, mehr als 1 Mrd.Fr. beanspruchten die Strassen- und Wasserbaumassnahmen. Über die eigenen Investitionen hinaus hat der Staat noch einen beachtlichen Beitrag zu den privaten Bauinvestitionen geleistet.

Die Investitionen der öffentlichen Hand im Jahre 1951  
in Mrd. Franken

Investitionsaufwendungen	Staat	Gemeinden	Sozialversich.	Insgesamt
1. Grundstücke und Gebäude	2,4	4,7	0,1	7,2
2. Strassen- und Wasserbaumassnahmen	1,2	0,7	-	1,9
3. Investitionsgüter	0,7	0,8	-	1,5
Z u s a m m e n	4,3	6,2	0,1	10,6

Die Gemeindeverbände investierten aus eigenen Mitteln und aus Zuschüssen des Staates über 6 Mrd.Fr., davon allein 4,7 Mrd.Fr. in Grundstücken und Gebäuden.

#### d) Abschreibungen.

Die Investitionen, die im Laufe einer Wirtschaftsperiode durchgeführt werden, stellen die gesamten Aufwendungen zur Erstellung neuer Gebäude, Anlagen und dauerhafter Sachgüter dar. Diesem Wertzuwachs steht die produktionsbedingte Abnutzung der Anlagegüter gegenüber. Daher ist es erforderlich, den Gegenwert des Verschleisses der Anlagegüter abzusetzen, um den Nettozuwachs, d.i. die Höhe der Nettoinvestitionen, zu ermitteln. Dieser Gegenposten entspricht dem Wert der notwendigen Ersatzinvestitionen für den Wertverlust, der durch die Abnutzung in der Produktionsperiode eingetreten ist. Als Anhaltspunkt zur Bemessung dieses Wertverlustes bzw. Verschleisses lagen dem Amt die Angaben aller wichtigen Industriebetriebe über die Höhe ihrer Abschreibungen im Jahre 1952 vor. Ausserdem konnte auf die vom Finanzministerium bei der Vorbereitung des Gesetzes Nr. 405 zur Ergänzung steuerlicher Vorschriften (StEG - Aufstockungsgesetz) vom 10.4. 1954, Amtsblatt S. 437 angestellten Erhebungen und Berechnungen über die wirtschaftlich gerechtfertigte Höhe der Abschreibungen zurückgegriffen werden. Auf Grund dieser Unterlagen wurden die der wirklichen Abnutzung entsprechenden, also die volkswirtschaftlich notwendigen und nicht etwa nur die steuerlich zulässigen Abschreibungen veranschlagt. Dabei wurde für die gesamte Wirtschaft ein Abschreibungsbetrag in Höhe von annähernd 20 Mrd. Fr. ermittelt. Vermindert man den Wert der Bruttoinvestitionen (73 Mrd. Fr.) um den Wert der Ersatzinvestitionen (20 Mrd. Fr.) so kommt man auf Nettoinvestitionen von 53 Mrd. Fr. und dementsprechend auf ein Nettosozialprodukt von 213 Mrd. Fr.

#### II. Das Sozialprodukt nach seiner Verteilung.

Die Darstellung der Verteilung des Sozialprodukts gibt die Einkommen wichtiger Gruppen von Einkommensempfängern an. Gewöhnlich wird dabei von den Bruttoeinkommen der am Produktionsprozess Beteiligten ausgegangen und

#### Das Sozialprodukt des Saarlandes im Jahre 1951 (Verteilungsseite) in Mrd. Fr.

Verteilung des Sozialprodukts	in Mrd. Fr.
1. Nettoeinkommen der Arbeitnehmer	98,2
2. Versorgungsbezüge der Beamten des Staates, der Gemeinden und der Eisenbahn(netto)	3,0
3. Sozialeinkommen insgesamt 1)	33,9
1.-3. zusammen - Masseneinkommen	135,1
4. Nettoeinkommen der öffentlichen Hand darunter: Sozialversicherung 2)	37,4 - 1,9
5. Nettoeinkommen der Selbständigen und Unter- nehmungen (einschl. unverteilte Gewinne, Steuer- rückstellungen und Reserven) 3)	40,7
Nettosozialprodukt zu Marktpreisen 4)	213,2
+ Abschreibungen	20,0
Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen	233,2

- 1) Einschl. der Sachleistungen der Sozialversicherung.
- 2) Das Nettoeinkommen der Sozialversicherung wird aus der Differenz des Beitragsaufkommens und der Geld- und Sachleistungen errechnet.
- 3) Als Saldo zwischen der Summe der Positionen 1 bis 4 und dem von S. 3 übernommenen Nettosozialprodukt zu Marktpreisen ermittelt.
- 4) Die Summe der Nettoeinkommen entspricht dem Nettosozialprodukt zu Marktpreisen



aus diesen das Volkseinkommen ermittelt. In Ermangelung von Angaben über das Einkommen der Selbständigen und der Unternehmen musste hier jedoch ein etwas anderer Weg beschritten werden, der von den Nettoeinkommen ausgeht und durch Einbeziehung der Sozialeinkommen und des Nettoeinkommens der öffentlichen Hand zum Nettosozialprodukt zu Marktpreisen führt. Die Methode wurde erstmals vom Institut für Konjunkturforschung in Berlin für Westberlin angewandt.

Das Nettoeinkommen aller Arbeitnehmer (98,2 Mrd.Fr.), die Versorgungsbezüge der Beamten und ihrer Hinterbliebenen (3,0 Mrd.Fr.) und sämtliche Renten und Unterstützungen (33,9 Mrd.Fr.) ergaben 1951 ein Masseneinkommen von 135,1 Mrd.Fr. Das Masseneinkommen, das auch diejenigen Arbeitnehmereinkommen einschliesst, die über dem Durchschnitt liegen, stellt über die Hälfte des Sozialprodukts dar.

Das Masseneinkommen als Teilgrösse des Sozialprodukts lässt sich relativ leicht ermitteln und verfolgen und für die Konjunkturbeobachtung verwenden. Es gibt durch zeitlichen Vergleich seines Anteils am Nettosozialprodukt zu Marktpreisen auch wertvolle Hinweise auf Veränderungen der volkswirtschaftlichen Einkommensverteilung, und es bestimmt im wesentlichen die Höhe des privaten Verbrauchs und lässt durch Vergleich mit diesem die Sparneigung erkennen. Schliesslich können Angaben über das Masseneinkommen dazu benutzt werden, die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes bzw. das Liquiditätsbestreben der Bevölkerung - wenn auch nur grob - zu beurteilen.

Zum Masseneinkommen (135,1 Mrd.Fr.) kam 1951 das Einkommen der öffentlichen Hand (37,4 Mrd.Fr.) und durch Gegenüberstellung der Summe beider (172,5 Mrd.Fr.) und des vom Verbrauch her berechneten Nettosozialprodukts zu Marktpreisen (213,2 Mrd.Fr.) wurde das Nettoeinkommen der Selbständigen und Unternehmungen mit 40,7 Mrd.Fr. errechnet. Zu den einzelnen Posten sind noch folgende Erläuterungen notwendig.

#### a) Das Arbeitnehmereinkommen.

Über das Arbeitnehmerinkommen liegen Angaben auf Grund der Lohnsteuerstatistik, der laufenden Lohnerhebungen bei der Industrie und sonstiger Lohnerhebungen in den übrigen Wirtschaftsbereichen vor. Das Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer betrug 1951 rund 110 Mrd.Fr. Es wurden Abzüge für Lohnsteuer (5 Mrd.Fr.) und für Sozialversicherungsbeiträge (6 Mrd.Fr.) auf Grund eingehender Berechnungen vorgenommen, so dass sich ein Nettoarbeitnehmereinkommen von 98,2 Mrd.Fr. ergab. Bei Einbeziehung der Versorgungsbezüge der Beamten kommt man auf einen Anteil des Arbeitnehmereinkommens am Nettosozialprodukt zu Marktpreisen von 47 vH.

#### b) Das Sozialeinkommen.

Das Sozialeinkommen setzt sich zusammen aus den Geld- und Sachleistungen der Sozialversicherung und der privaten Pensionsversicherungen und aus den Einkommensübertragungen des Staates an Kriegsoffer, Fürsorgeempfänger u.a.m. Es wurde aus der Haushaltsrechnung und den amtlichen Unterlagen der Sozialversicherung ermittelt und machte 1951 insgesamt 16 vH des Nettosozialprodukts aus.

Die Leistungen der Sozialversicherung werden aus den Beiträgen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber und aus den Zuschüssen des Staates finanziert. Im Jahre 1951 betrugen die Gesamtleistungen rund 26,5 Mrd.Fr. Die Zu-

Sozialeinkommen im Jahre 1951 in Mrd.Fr.

1. Leistungen des Staates (Geld-u.Sachleistungen)	16,3
davon:	
a)Kriegsopfer, Ausgebombte, Opfer des Nationalsozialismus usw.	6,6
b)Zuschüsse u.Leistungen an die Sozialversicherungen	9,1
c)Fürsorgeleistungen der Gemeinden und des Staates	0,6
2. Leistungen der Sozialversicherungen aus Beiträgen (einschl.der Zusatzversorgungskassen des Staates und der Eisenbahn) 1)	17,4
3. Leistungen der privaten Pensionskassen	0,2
Sozialeinkommen insgesamt	33,9

- 1) Die Leistungen aus Beiträgen entsprechen der Differenz zwischen den Gesamtleistungen der Sozialversicherungen von 26,5 Mrd.Fr. und den Staatsleistungen von 9,1 Mrd.Fr. = 17,4 Mrd.Fr.

schüsse und Leistungen des Staates an die Sozialversicherung beliefen sich auf insgesamt 9 Mrd.Fr., so dass die Sozialversicherung (einschl. der Zusatzversorgungskassen) nur 17 Mrd.Fr. aus Beiträgen zu finanzieren hatte und bei einem Beitragsaufkommen von annähernd 28 Mrd.Fr. einen beachtlichen Überschuss erzielte.

Die direkten Geld- und Sachleistungen des Staates an Sozialeinkommensempfänger betrugen 6,6 Mrd.Fr. Dies waren Zahlungen von Renten, Unterstützungen und dergl. an Kriegsopfer, Opfer des Nationalsozialismus, Heimkehrer, Ausgebombte u.a.m. Die Leistungen des Staates zum Sozialeinkommen betrugen somit insgesamt 16,3 Mrd.Fr. oder 48 vH aller Sozialeinkommen.

c) Das Nettoeinkommen der öffentlichen Hand.

Das Nettoeinkommen der öffentlichen Hand umfasst das Nettoeinkommen des Staates, der Gemeinden und der Sozialversicherung. Das Nettoeinkommen des Staates und der Gemeinden ergibt sich aus den gesamten Einnahmen abzüglich der gezahlten Subventionen, Bauzuschüsse an private Organisationen, Zinsen und Übertragungen. Die entsprechenden Angaben wurden durch die im Anhang beigefügte volkswirtschaftliche Analyse der Haushaltsrechnungen von Staat und Gemeinden gewonnen. Dabei wurden die Mittel, die vom Staat an die Gemeinden übertragen wurden, nur bei den Gemeinden erfasst, um Doppelzählungen zuzuschalten.

Die Einnahmen aus Steuern und Wiederaufbauabgabe (54,5) und aus Erwerbsvermögen (1,0) beliefen sich im Jahre 1951 auf insgesamt 55,5 Mrd.Fr., vermindert um die Ausgaben für Subventionen, Bauzuschüsse, Zinsen und Übertragungen, ergibt sich ein Nettoeinkommen des Staates und der Gemeinden von 35,5 Mrd.Fr.

Nettoeinkommen des Staates und der Gemeinden  
in Mrd.Fr.

Steuern	54,5
Einnahmen aus Erwerbsvermögen	1,0
abzüglich:	
Subventionen	2,2
Bauzuschüsse an private Organisationen ohne Erwerbscharakter	0,6
Zinsen	0,3
Übertragungen (darunter an private Organisationen 0,6 Mrd.Fr.)	16,9
Nettoeinkommen	35,5
Gesamtaufwand (ohne Übertragungen, Subventionen u. Zinsen)	30,2
abzüglich:	
Gebühren und gebührenähnliche Einnahmen	3,1
zuzüglich:	
Kreislaufbedingter Überschuss	8,4
Nettoeinkommen	35,5

Das Nettoeinkommen kann ausserdem errechnet werden aus dem gesamten Aufwand abzüglich der Gebühren und gebührenähnlichen Einnahmen zuzüglich des kreislaufbedingten Überschusses, der sich aus den laufenden Einnahme- und Ausgaberechnungen des Wirtschaftsjahres ergibt. Das Nettoeinkommen des Staates und der Gemeinden wurde zu Investitionen in Höhe von 10,5 Mrd.Fr., zu Verwaltungsausgaben in Höhe von 18,4 Mrd.Fr. und zu Abgaben an Frankreich laut Haushaltsatzung in Höhe von 1,3 Mrd.Fr. verwandt.

Zählt man zum Nettoeinkommen des Staates und der Gemeinden das Nettoeinkommen der Sozialversicherungen in Höhe von 1,9 Mrd.Fr. hinzu, das sich aus dem Saldo der Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherung ergibt, so erhält man das Nettoeinkommen der öffentlichen Hand. Dieses machte im Berichtsjahr nahezu ein Fünftel des Nettosozialprodukts zu Marktpreisen aus.

Das Nettoeinkommen des Staates und der Gemeinden ist wohl zu unterscheiden von dem Betrag, den die öffentliche Hand insgesamt vom Nettosozialprodukt in Anspruch nimmt, denn dieser Betrag ist wesentlich höher, da in ihm u.a. auch alle Einkommensteile enthalten sind, die die öffentliche Hand in Durchführung ihrer sozialen Aufgabe an andere Einkommensempfänger überträgt. Der von Staat und Gemeinden in Anspruch genommene Betrag belief sich 1951 auf annähernd 59 Mrd.Fr., das waren etwa 27 vH des Nettosozialprodukts zu Marktpreisen.

d) Das Nettoeinkommen der Selbständigen und der Unternehmungen.

Das Nettoeinkommen der Selbständigen und der Unternehmungen einschl. der unverteilter Gewinne, Steuerrückstellungen und Reserven wurde für 1951 auf 41 Mrd.Fr. veranschlagt. Dieser Betrag ist nur als ein Näherungswert zu betrachten. Das Nettoeinkommen der Selbständigen und Unternehmungen muss nämlich bis zum Vorliegen der Einkommensteuerstatistik für 1951 als der Unterschied zwischen dem gesamten Nettosozialprodukt zu Marktpreisen, wie es sich auf Grund der Angaben über seine Verwendung ergibt, und den bekannten Grössen des Arbeitnehmereinkommens, des Sozialeinkommens und des Einkommens der öffentlichen Hand ermittelt werden. Da es sich bei der Angabe über das Einkommen der Selbständigen und Unternehmungen vorläufig also nur um eine Restgrösse handelt, kann eine Aufteilung auf die privaten Einkommen der Selbständigen und die Gewinne, Rückstellungen usw. der Unternehmungen noch nicht erfolgen. Das Nettoeinkommen der Selbständigen und der Unternehmungen zusammen machte 1951 knapp ein Fünftel der gesamten Nettoeinkommen aus.

### III. Anhang. - Die volkswirtschaftliche Analyse der öffentlichen Haushalte.

Für die Zwecke der Sozialproduktsberechnung mussten die Haushaltsrechnungen des Staates und der Gemeinden nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten analysiert werden. Dabei ergab sich die folgende Übersicht, die nur die im Rahmen der Sozialproduktsberechnung relevanten Einnahmen und Ausgaben enthält.

Der öffentliche Haushalt 1951 in volkswirtschaftlicher Gliederung  
Einnahmen in Mrd.Fr.

Einnahmeart	Staat	Gemeinden	zusammen
Steuern 1)	44,4	10,1	54,5
Einnahmen aus Erwerbsvermögen	0,8	0,2	1,0
Gebühren und gebührenähnliche Einnahmen	0,8	2,3	3,1
<b>Z u s a m m e n</b>	<b>46,0</b>	<b>12,6</b>	<b>58,6</b>

- 1) Bei den gemeinsamen Einnahmen auf Grund der französisch-saarländischen Steuer- und Haushaltssatzung ist 1/46 als saarländischer Anteil eingesetzt, gleichgültig ob diese Beträge bereits verrechnet sind oder nicht.

Ausgaben in Mrd. Fr.

Ausgabeart	Staat	Gemeinden	zusammen
Sozialausgaben	15,7	0,6	16,3
Verwaltungsausgaben	11,7	6,7	18,4
davon: persönliche	8,9	4,3	13,2
sächliche	2,8	2,4	5,2
Abgaben an Frankreich laut Haushaltssatzung	1,3	-	1,3
Investitionen	4,3	6,2	10,5
Zuschüsse an private Organisationen (dar. Übertragungen 0,6 Mrd.Fr.)	1,2	-	1,2
Subventionen	2,2	-	2,2
Verzinsung der öff. Schuld	0,1	0,2	0,3
<b>Z u s a m m e n</b>	<b>36,8</b>	<b>13,7</b>	<b>50,2</b>
<b>Saldo: Kreislaufbedingter Überschuss</b>			<b>8,4</b>

Bei Aufstellung der Übersicht wurden die Doppelzählungen von Ein- und Ausgabenbeträgen, die durch Mittelübertragungen des Staates an die Gemeinden und durch Mittelübertragungen der Gemeindeverbände untereinander entstanden, ausgeschaltet. Ferner sind alle Haushaltspositionen, welche die Eisenbahn, die Post, die Tabakregie, die Forsten und einige gemeindeeigene Betriebe betreffen, ungegliedert, weil diese Institutionen bei der Sozialproduktsberechnung als Unternehmen gelten. Die aus Vorjahren im Haushalt vereinnahmten Haushaltsüberschüsse sind in der Tabelle ebenfalls nicht berücksichtigt, da für die Sozialproduktsberechnung nur die Tätigkeit des Staates im entsprechenden Wirtschaftsjahr von Bedeutung ist. Bei der Ermittlung der Steuereinnahmen musste aus dem gleichen Grunde als Einnahme aus indirekten Steuern, abweichend von den Haushaltsrechnungen der Betrag eingesetzt werden, der nach der Haushaltssatzung dem Saarland in Höhe von 1/46 der gemeinsamen französisch-saarländischen Einnahmen zusteht, ohne Rücksicht darauf, ob er im laufenden Wirtschaftsjahr eingültig verrechnet, d.h. im Haushalt ganz ausgewiesen war oder nicht. Die Aufnahme und Hingabe von Darlehen blieb unberücksichtigt, weil es sich lediglich um Vermögensübertragungen handelt.

Der kreislaufbedingte Überschuss bedeutet eine Mehreinnahme über die laufenden Ausgaben hinaus, wie sie hier berücksichtigt wurden. Der Betrag stand dem Staat allerdings nicht in dieser Höhe zur Verfügung, weil noch Verrechnungsbeträge aus den "gemeinsamen Einnahmen" ausstanden. Ein Teil des kreislaufbedingten Überschusses wurde zur Darlehensgewährung verwandt.